



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Thomas Wedel
Pressesprecher

thomas.wedel@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

BFW-Präsident: Wirksamer Klimaschutz muss sozial und wirtschaftlich ausgewogen bleiben

Berlin, 22.06.2021. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen fordert für die neue Legislaturperiode einen Fokus auf die Wirtschaftlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor. BFW-Präsident Andreas Ibel erklärte in Berlin: „Die Regierungsparteien haben auf den letzten Metern der Legislaturperiode ein Klimaschutzprogramm light auf den Weg gebracht. Gut dabei ist, dass es Gestaltungsspielräume lässt. Jetzt kommt es darauf an, dass Klimaschutz auch nach der Bundestagswahl wirtschaftlich tragfähig bleibt. Deshalb gilt es, neue bürokratische Hürden zu verhindern“.

Der BFW-Präsident verweist darauf, dass Klimaschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, an der sich alle beteiligen müssen: „Wir stehen aber vor allem in der Verantwortung, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Wohnungsnot in den Metropolen ist groß. Deshalb dürfen der mittelständischen Immobilienwirtschaft auch in Zukunft nicht einseitig neue Lasten aufgebürdet werden“. In der jetzt erzielten Einigung von Union und SPD zur Energie- und Klimapolitik sieht Ibel richtige Ansätze, mahnt aber: „Bezahlbares Wohnen ist nur dann möglich, wenn auch das Bauen bezahlbar bleibt. Für klimaneutrales Wohnen braucht es technologieoffene und wirtschaftlich tragfähige Lösungen“.

„Die mittelständische Immobilienwirtschaft ist bereits heute Innovationstreiber und bringt neue Lösungen im Gebäudesektor voran. Wir stehen für einen konstruktiven Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern bereit, um beim Klimaschutz gemeinsam etwas zu bewegen. Uns geht es um sozial und wirtschaftlich ausgewogene Maßnahmen und die breite Akzeptanz der ambitionierten Ziele“, so Ibel weiter. Aus seiner Sicht ist gezielte Förderpolitik der Schlüssel zu wirksamem Klimaschutz im Gebäudesektor: „Die einseitige Erhöhung von Standards in Neubau und Bestand hat in der Vergangenheit wenig gebracht. In Zukunft braucht es Programme, die neue Ideen und Lösungen fördern. Die Aufstockung der Mittel für die Bundesförderung für energieeffiziente Gebäude ist ein Schritt in die richtige Richtung“, so der BFW-Präsident abschließend.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.